



Haseloff: Flächendeckende stationäre Kinder- und Jugendmedizin muss gesichert werden

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hat sich im Bundesrat für die Sicherung einer flächendeckenden stationären Kinder- und Jugendmedizin sowie Kinderchirurgie ausgesprochen. Mit einem entsprechenden Antrag bitten die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen, die Bundesregierung hierfür ein System außerhalb des Fallpauschalensystems zu entwickeln.

Haseloff: „In der stationären Kinder- und Jugendmedizin ist der Anteil der zu finanzierenden Vorhaltekosten überproportional. Daher ist es notwendig, hier eine Sockelfinanzierung einzuführen, um die wohnortnahe Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen.“

Der Ministerpräsident verwies darauf, dass die stationäre Krankenversorgung eine tragende Säule der Daseinsvorsorge sei. „Natürlich sind ökonomische Zwänge wichtige Argumente - sie können aber nicht die Begründung dafür sein, dass sich die Länder die Bedarfsplanung aus der Hand nehmen lassen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass immer weiter vom Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Regionen abgewichen wird“, so Haseloff.

Hintergrund: Im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin besteht generell eine geringere Auslastung. Daher ist der Anteil der zu finanzierenden Vorhaltekosten im pädiatrischen Bereich überproportional. Mit dem Fallpauschalensystem lassen sich diese Vorsorgekosten nur begrenzt finanzieren. Da dies gerade im ländlichen Raum die Gefahr birgt, dass Krankenhäuser Kinderstationen schließen, soll mit dem Antrag eine pädiatrische Versorgung außerhalb des Fallpauschalensystems gesichert werden.

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle

Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667

Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de